

Wochenblatt

für Zschopau und Umgegend

Zschopauer Tageblatt u. Anzeiger

Das „Wochenblatt für Zschopau und Umgegend, Zschopauer Tageblatt und Anzeiger“, erscheint wöchentlich. Monatslicher Bezugspreis 1,70 Mk. Postgebühr 20 Pf. Bestellungen werden in umf. Befähigung von den Boten, sowie von allen Postanstalten angenommen.

Das Wochenblatt für Zschopau und Umgegend (Zschopauer Tageblatt und Anzeiger) ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Zschopau, des Finanzamts und des Stadtrats zu Zschopau befähigter bestimmter Blatt.

Anzeigenpreise: Die 46 mm breite Millimeterzeile 7 Pf.; die 90 mm breite Millimeterzeile im Resonanzteil 25 Pf.; Nachschlagblätter A; Nachschlag 25 Pf.; Anzeigengebühren 30 Pf. zuzüglich Porto.

Organ für die Orte: Krumhermersdorf, Waldkirchen, Wüdnichen, Sebnitz, Weißbach, Dittersdorf, Gornau, Dittmannsdorf, Witzschdorf, Scharfenstein, Schölkben - Porschen

№. 22

Sonnabend, den 26. Januar 1935

103. Jahrgang

Ein Jahr Friedenspolitik mit Polen

Erklärungen des Führers

Der Führer und Reichkanzler gewährte dem Berliner Korrespondenten der „Gazeta Polska“, Warschau, eine Unterredung:

Frage: Ist es gestattet, Herr Reichkanzler, im Hinblick auf Ihre früher geäußerte Ansicht anzunehmen, daß die nationalsozialistische Politik einen endgültigen Erfolg unter die Polen-Politik früherer Zeiten macht? Ein Jahr ist es nun her, seitdem wir diese neue Linie in unseren gegenseitigen Beziehungen eingeschlagen haben. Würden Erhellung mit Rücksicht auf das Datum des 26. Januar 1934, an dem die deutsch-polnische Erklärung unterzeichnet wurde, einige Worte über das deutsch-polnische Verhältnis meiner Zeitung gewähren?

Antwort: Die nationalsozialistische Politik beruht auf dem Gedanken der nationalsozialistischen Idee. Die Rassenlehre der nationalsozialistischen Idee lehnt die sogenannte Entnationalisierung grundsätzlich ab. Sie steht in dieser gewaltigen Annullation fremden Volkstums weit mehr eine Schwächung des eigenen Volkstums als eine Stärkung.

Die von uns eingeschlagene Politik der Respektierung der an unseren Grenzen lebenden fremden Völker entspricht daher im höchsten Maß dem Gedanken unserer Bewegung und damit unserer innersten Überzeugung.

Wir gedenken nicht fortzusetzen, was frühere Jahrhunderte hier an Fehlern begangen haben. Ein Ausdruck dieses unseres Willens ist der Versuch der Neugestaltung der Beziehungen des deutschen Volkes zum polnischen. Die praktische Erfahrung des letzten Jahrhunderts hat außerdem gezeigt, daß die wirklich wertvollen Elemente ohnehin nicht oder doch nur sehr schwer und sehr langsam entnationalisiert werden können. Der Gewinn erstreckt sich fast nur auf die schwächenden und damit zum Teil minderwertigen Erscheinungen. Ihre Eroberung ist aber in keinem Fall als ein Nutzen anzuspüren, der in irgendeinem Verhältnis zu den damit verbundenen Leiden und Gefahren steht.

Ich sehe daher einen gegenseitigen Nationalitäten-schutz als eines der erstrebenswerten Ziele einer überlegenen Staatsführung an. Es ist aber klar, daß eine solche Politik nur unter gegenseitigem Versehen erfolgreich verwirklicht werden kann.

Frage: Wie verhält sich der nationalsozialistische Einheitsstaat zu Stammes- und Landes-eigenheiten? Erstrebt er Verwischung oder Stärkung derselben? Ist es richtig, daß Sie, Herr Reichkanzler, im Laufe dieses Jahres die Aufteilung der Länder in Reichsgaue vornehmen wollen?

Antwort: Der nationalsozialistische Staat ist ein Einheitsstaat in der Feststellung und Festhaltung einer

einigen Souveränität, deren Träger das gesamte Volk ist. Er wird zu diesem Zweck alles beseitigen, was Menschen künstlich aufgerichtet haben und alles respektieren, was von der Natur gegeben ist. Es ist daher nicht unsere Absicht, etwa die Eigenart der einzelnen Stämme unseres Volkstums künstlich oder gar gewalttätig zu verwischen oder gar zu beseitigen. Sie sind die Bausteine unseres Volkes. Sie bebingen unser reiches kulturelles Innenleben.

Um so mehr aber werden wir jene Erscheinungen ausrotten, die in den traurigsten Zeiten dynastischen Eigenwunsches als trennende Momente innerhalb unseres Volkes aufgerichtet worden sind.

Dabei wird sich als Endergebnis eine Gliederung des Reiches nach zweckmäßigen und allen Teilen unseres Volkes zugutekommenden Gesichtspunkten von selbst ergeben.

Frage: Ist die Frage der inneren Verfassung endgültig durch das Führerprinzip festgelegt? Wir Ausländer lesen und hören so oft von einem entstehenden deutschen Orden, vom Verhältnis der Partei zum Staat, was sollen wir unter dieser Bezeichnung verstehen? Wir werden vom Wunsch geleitet, zu einem klaren Verständnis dieser Verhältnisse zu gelangen, und in welchem Sinne ist der erste Punkt des nationalsozialistischen Programms, es sei nur ein „Reichsprogramm“, aufzufassen?

Antwort: Sie haben recht, das Führerprinzip ist schon heute in der gesamten Verfassung des Reiches so gut wie festgelegt. Der Orden, von dem Sie sprechen, ist bereits vorhanden. Es ist dies die in 16jähriger Arbeit gebildete und gewachsene nationalsozialistische Partei!

Sie ist an die Stelle der früheren parteimäßigen Zerstückelung getreten und beherrscht als Repräsentantin des deutschen Volkswillens und damit des Lebenswillens der deutschen Nation das gesamte Deutsche Reich. Die Verwirklichung der Zielsetzung der nationalsozialistischen Bewegung führt zu einer so reiflichen Einheit zwischen Partei und Staat, daß ihr Programm damit bereinigt als verwirklicht und in ihrer Verwirklichung als Kampfaufgabe damit als beendet angesehen werden kann.

Frage: In der Wirtschaftspolitik sind es nicht die Schwierigkeiten, die sich aus den gegenwärtigen Krisen ergeben, über die wir Fragen stellen möchten, vielmehr beschäftigt uns das Verhältnis von Landwirtschaft und Industrie im nationalsozialistischen Deutschland. Wie soll es sich künftig gestalten?

Antwort: Unsere Wirtschaftspolitik hat sich eine Reihe großer Aufgaben gestellt. Die zunächstliegenden Arbeiten aber werden bestimmt durch die von uns angetroffene allgemeine Situation. Das heißt: Wir fanden über

6,5 Millionen Erwerbslose, ein vor dem vollkommenen Ruin stehendes Bauerntum und einen der reiflosen Zerstörung und Vernichtung ausgelieferten Mittelstand. Diese katastrophale Lage zwang uns die zu treffenden Abwehrmaßnahmen auf. Wir können schon heute mit Stolz den Erfolg unserer Aktion feststellen.

Alle Ziffern unseres wirtschaftlichen Lebens sind in glücklicher Entwicklung und Steigerung begriffen. Das Entscheidende aber war: Es ist uns gelungen, die natürliche Latenzkraft, Entschluß- und Arbeitsfreudigkeit unseres Volkes in der glücklichsten Weise zu beleben.

Die private Initiative, die wesentlich für jede erfolgreiche Wirtschaftspolitik ist, haben wir der lähmenden Fesseln des früheren Regimes entledigt, durch eine neue, großzügige Ordnung die Landwirtschaft sowohl als die Industrie wieder lebensfähig gestaltet, Millionen Arbeitern einen Arbeitsplatz gesichert, vor allem aber damit dem Staat zuverlässige Stützen seiner nationalen Existenz gegeben. Unsere künftige Arbeit wird eine Fortsetzung der geleisteten sein.

Frage: In der auswärtigen Politik ist die öffentliche Meinung auf Deutschlands Stellungnahme zu den verschiedenen Vorkvorschlägen gerichtet. Wäre es vorzeitig, diese Frage zu stellen?

Antwort: Sie werden verstehen, daß sich über die verschiedenen Vorkvorschläge heute um so weniger öffentlich etwas sagen läßt, als ihre Diskussion zum Teil überhaupt erst begonnen hat.

Nur das eine muß ich immer wiederholen:

1. Deutschland will mit allen seinen Nachbarn in Frieden leben. Und es ist bereit, alles hierzu Notwendige großzügig zuzugestehen.
2. Deutschland wird niemals mehr Verzicht leisten auf seine Gleichberechtigung.
3. Wir können unter einer internationalen Zusammenarbeit nicht verstehen die Übernahme undurchsichtiger Verpflichtungen mit Konsequenzen, die am Ende ohne Berücksichtigung der nationalen deutschen Interessen uns dorthin führen können, wo wir aus eigenem freien Willen nicht hinkommen wollen, nämlich zu einem Krieg.

Frage: Wie müssen wir uns gegenüber dem immer wiederkehrenden Gerücht, Deutschland trete dem Völkerbund wieder bei, verhalten?

Antwort: Wir sind wegen Nichtinhabung der uns zustehenden und zugesicherten Gleichberechtigung aus dem Völkerbund ausgeschieden.

Wir gedenken nicht, etwa in Zukunft noch einmal im Völkerbund um unsere Gleichberechtigung zu kämpfen, sondern wir sind entschlossen, in seinem Bund eher zurückzutreten, als wir nicht gleichberechtigt sind.

Dies ist, wie ich schon einmal betonte, keine „Wendigung“ sondern eine Selbstverständlichkeit. Daß das frühere Regime in Deutschland dafür kein Verständnis zeigte, hatte es sehr schwer zu büßen. Es wurde von der Nation reiflos beseitigt. Es ist aber naiv, zu glauben, daß ich oder wir dummt genug seien, gerade den Fehler wieder zu machen, der unseren Vorgängern neben vielen anderen, aber doch hauptsächlich mit das Genick gebrochen hat!

Im übrigen freut es mich, nunmehr nach einem Jahr neugegestalteter deutsch-polnischer Beziehungen auf das Fruchtbarste dieser Entwicklung zurückblicken und hinweisen zu dürfen.

Es ist uns gelungen, eine der geschichtlich bedeutsamen Korrekturen rechtzeitig durchgeführt zu haben, nämlich eine Korrektur des Irrtums, als ob zwischen den beiden Völkern eine Feindschaft als eine Art Erbmasse stets vorhanden gewesen wäre und damit für alle Zukunft vorhanden sein müßte. Ich glaube im Gegenteil, daß trotz all dem Schweren, was zwischen den beiden Völkern liegt, sie im Interesse der gemeinsamen Erhaltung gerade der europäischen Kultur zu einer aufrichtigen Zusammenarbeit verpflichtet sind.

Das nationalsozialistische Regime in Deutschland wird nichts unterlassen, was geeignet sein kann, diese Zusammenarbeit zu fördern und langsam in eine fortdauernde Freundschaft zu verwandeln. Der heutige Tag gibt mir die Berechtigung, mehr denn je an die Verwirklichung eines solchen Wunsches zu glauben.

Erklärung

des polnischen Außenministers

Der polnische Minister des Auswärtigen, Bedl, hat anfänglich des Jahrestages der Unterzeichnung der polnisch-

Parole: Freiheit und Brot

23 Millionen Zusatzspende des Winterhilfswerkes

Zum 30. Januar. — Aufruf Dr. Goebbels.

Reichsminister Dr. Goebbels erläßt folgende Bekanntmachung:

Auch in diesem Jahre werden, wie im vergangenen, am 30. Januar, dem zweiten Jahrestage des Durchbruchs der nationalsozialistischen Revolution, keine rauschenden Feste gefeiert werden. Das deutsche Volk begehrt diesen Tag, der in die schwerste Zeit des Winters fällt, vielmehr dadurch, daß es ihn wieder zu einer besonderen Hilfsaktion für seine nothleidenden und zum Teil noch nicht in Arbeit befindlichen Volksgenossen gestaltet.

Entsprechend der heute noch vorhandenen Zahl von bedürftigen und durch das Winterhilfswerk betreuten Volksgenossen gelangen am 30. Januar dieses Jahres im ganzen Spenden im Werte von 23 Millionen Mark zusätzlich zur normalen Leistung des Winterhilfswerkes zur Verteilung. Sie werden aufgewandt für 1. 14 Millionen Lebensmittelgutscheine im Werte von je 1 Mark und 2. 6 Millionen Kohlen-gutscheine über einen Zentner Kohle im Werte von je 1,50 Mark. Das Winterhilfswerk wird die Ausführungsbestimmungen zu dieser Hilfsaktion bekanntgeben.

Indem so dem 30. Januar eine einzigartige soziale Würde verliehen wird, ehrt der neue Staat sein nationales Aufbauwerk und damit sich selbst und jeden einzelnen Deutschen. Im Gedanken an unsere noch nothleidenden

Volksgenossen aber bekräftigen wir in uns allen für jede Zukunft den Entschluß, nicht eher zu ruhen und zu rasten, bis die große Parole des nationalsozialistischen Kampfes für jeden Deutschen Wirklichkeit geworden ist:

„Freiheit und Brot.“

Es handelt sich bei der zusätzlichen Spende um 14 Millionen Lebensmittelgutscheine im Werte von je 1 Mark und sechs Millionen Kohlen-gutscheine im Werte von je 1,50 Mark. Die Lebensmittelgutscheine werden in der Zeit vom 30. Januar bis 15. Februar 1935 in allen Lebensmittelgeschäften in Zahlung genommen. Die Erstattung des Gegenwertes an die Lebensmittelgeschäfte oder Großhandlungen erfolgt nach Abgabe der Gutscheine unter Abzug von 5 Prozent für das BSW bis spätestens 28. Februar 1935 bei allen Zahlstellen der in der Reichsgruppe 4 zusammengeschlossenen Kreditinstitute. Die Gutscheine, die nach dem 15. Februar 1935 von den Bedürftigen in Lebensmittelgeschäften vorgelegt werden, oder Scheine, die den Ausgabe-stempel des BSW nicht tragen, dürfen nicht in Zahlung genommen werden. Die als Sonderausgabe zu verteilenden Kohlen-gutscheine werden gemeinsam mit den gewöhnlichen Kohlen-gutscheinen Serie D vorausgibt und sind genau so zu behandeln. Ihre Geltungsdauer erstreckt sich auf den Monat Februar 1935.